

Georg Iggers

Amerikakritik aus amerikanischer Sicht.

Ein Aufriss in fünf Thesen.

Es gibt keinen Antiamerikanismus als solchen, sondern nur verschiedene Formen, die sich häufig widersprechen. Was die meisten allerdings gemeinsam haben, sind Vorstellungen von einem Amerika, das es so nicht gibt. Diese Vorstellungen rühren von politischen Vorurteilen her, von links wie von rechts, die in ihrem Bild von amerikanischer Kultur, Gesellschaft und Politik die Wirklichkeit verzerren.

Vor aller Amerikakritik muss also betont werden, dass es kein einheitliches Amerika gibt. Denn dieses Land ist sehr heterogen, ein Land voller Widersprüche, in dem die Gleichheit der Chancen und die Möglichkeiten des Sozialaufstiegs immer größer gewesen sind als in den meisten anderen Ländern. Andererseits ist in Amerika auch die Kluft zwischen Reich und Arm größer als in irgendeinem europäischen Land. Die Rassendiskriminierung ist im öffentlichen Leben in den letzten fünfzig Jahren im Prinzip weitgehend abgeschafft worden, so dass viele Afro-Amerikaner, Lateinamerikaner und Asiaten heute wichtige Stellen im politischen und kulturellen Leben einnehmen. Aber ethnische Minderheiten sind dennoch immer benachteiligt.

Im Blick auf die politischen Verhältnisse im heutigen Amerika sollten folgende Punkte in Betracht gezogen werden.

1) Amerika ist heute nur in beschränktem Maße eine Demokratie. Zwar hat es schon sehr früh in Amerika ein demokratisches Ethos gegeben, das es immer noch gibt; dennoch war die ursprüngliche Verfassung bewusst nicht demokratisch sondern republikanisch in dem Sinn, dass der Präsident und der Senat nicht direkt vom Volk gewählt wurden. Weiterhin setzte sich einerseits früher als in irgendeinem anderen Land - schon in der Jackson Ära der 1820er Jahre - das allgemeine Wahlrecht durch, andererseits gab es einen Widerspruch zwischen der Theorie der Unabhängigkeitserklärung, derzufolge „alle Menschen gleich geschaffen sind“, und der Sklaverei sowie einem Wahlrecht, das lange Zeit Frauen ausschloss und im Süden praktisch erst in den 1960er Jahren Schwarze zuließ.

Es muss betont werden, dass die Bundesstaaten im amerikanischen föderalistischen System weitgehend bestimmen können, wer wählen darf und wie Wahlen durchgeführt werden. Die Tatsache, dass es in Amerika keine Verhältniswahl gibt, bedeutet, dass es für kleinere Parteien schwierig ist, sich gegen die Dominanz der beiden großen durchzusetzen. Seit einigen Jahrzehnten zeigt sich, dass die Wahl des Präsidenten nur eingeschränkt demokratisch genannt werden kann. Wahlen sind nämlich in Amerika eine sehr kostspielige Sache, und die im Prinzip vom Volk, also demokratisch gewählten Präsidentschaftskandidaten erscheinen als zunehmend von spendierfreudigen Geldgebern abhängig.

Die großen Konzerne beeinflussen schon seit langem die Wahlen, aber inzwischen sind im Zuge der Globalisierung die Unternehmen viel größer geworden und die Kosten für den Wahlkampf enorm gestiegen. Die Abgeordneten auf der Bundes- und der Bundesstaatsebene sind aufgrund ihrer finanziellen Abhängigkeit von den Lobbyisten nicht in der Lage, Reformen, die im Interesse der Allgemeinheit, nicht aber ihrer Geldgeber liegen, durchzuführen - insbesondere beim Umweltschutz, bei Energiefragen oder Agrarsubventionen. Ein Beispiel dafür ist die enge Verflechtung der Politik mit den großen Ölkonzernen wie Halliburton, dessen ehemaliger Vorsitzender der jetzige Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Richard Cheney, ist. Aber auch religiöse und ideologische Interessengruppen spielen eine große Rolle, z.B. die National Rifle Association, die bis jetzt die Regulierung von privatem Waffenbesitz erfolgreich verhindert hat. Auch die Medien, selber große Konzerne, besonders das Fernsehen, üben einen wichtigen Einfluss auf die öffentliche Meinung aus, obwohl sie keinesfalls gleichgeschaltet sind und es auch kritische Stimmen gibt.

2) Bushs Wahl zum Präsidenten im November/Dezember 2000 war von dubioser Legitimität. Ihren schließlichen Wahlsieg verdanken die Republikaner gravierenden Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenauszählung in Florida und einer knappen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA zu ihren Gunsten. Die Mehrheit der Stimmen hatten sie nicht.

So bedeutete diese Wahl nicht einen normalen Wechsel von einer Partei zu einer anderen, sondern die Machtübernahme durch den rechten Flügel des amerikanischen Parteienspektrums. Zuvor war die Innen- wie die Außenpolitik in der Regel von Kontinuitäten bestimmt worden; größte-

re Brüche gab es kaum. Auch Bush hatte sich während des Wahlkampfes als Mann der Mitte, als „compassionate conservative“ ausgegeben, setzte aber gleich nach seiner Wahl Männer und Frauen ein, die einen harten, ultrarechten Standpunkt vertraten: John Ashcroft als Innenminister, Donald Rumsfeld als Verteidigungsminister, Condoleezza Rice als Sicherheitsberaterin und Roderick Paige als Bildungsminister. Der 11. September diente als Vorwand für einen noch rechteren Kurs im „Krieg gegen den Terrorismus“. Bush selbst behauptete, dass sich die USA im Kriegszustand befänden und dass dieser Krieg Beschneidungen der Bürgerrechte rechtfertigte. Gleichzeitig wurde in den politischen Entscheidungen die enge Verbindung zwischen der Regierung und den großen Konzernen offensichtlich: Eine Steuerreform begünstigte die oberen Einkommensschichten; soziale Dienste wurden abgebaut und privatisiert; die Umweltgesetzgebung wurde geschwächt. Außenpolitisch wurden verschiedene, von der US-Regierung eingegangene Abkommen, wie dasjenige von Kyoto, aufgekündigt. Die UNO wurde ignoriert.

3) Die Umorientierung der amerikanischen Politik, die in vieler Hinsicht einen radikalen Bruch mit amerikanischen Traditionen bedeutete, resultierte einerseits aus dem wachsenden Einfluss der großen Konzerne auf die amerikanische Politik und ging andererseits Hand in Hand mit einem neuerlichen Wandel im politischen und religiösen Denken nach rechts. Bis in die 60er Jahre hatten beide großen Parteien in der politischen Mitte gestanden. Das geographische Zentrum der Republikanischen Partei lag im Nordosten des Landes, wo sie die Unterstützung aus Finanzkreisen, aber auch von vielen Wählern aus der Mittelschicht hatte. Auch unter der ländlichen Bevölkerung im mittleren Westen gab es viele Republikaner. Die Demokratische Partei dagegen hatte zwei sehr unterschiedliche Flügel, die eigentlich nicht zusammenpassten, aber historisch seit dem amerikanischen Bürgerkrieg im 19. Jahrhundert - in Opposition zu den Republikanern - zueinander fanden: im Norden und in den größeren Städten des mittleren Westens zählten die Gewerkschaften, aber auch viele Wähler aus der Mittelschicht. Im damals noch überwiegend agrarischen Süden hatten die Demokraten ihre Wähler unter den Weißen, die den Republikanern ihre Rolle in der Sklavenbefreiung nicht verzeihen wollten. (Abraham Lincoln und die Republikanische Partei setzten schließlich die Aufhebung der Sklaverei durch.)

Im letzten halben Jahrhundert vollzog sich im Süden eine fundamentale Strukturänderung. Die Modernisierung der Wirtschaft hatte ein rapides Anwachsen der Städte zur Folge und führte zum Bruch mit der Demokratischen Partei. So wurden Gegenden, die vorher überwiegend demokra-

tisch gewesen waren, überwiegend republikanisch. Der gemäßigte Flügel der Republikaner im Nordosten wurde nun von einem sehr weit rechts stehenden Flügel im Süden und Südwesten zunehmend unter Druck gesetzt. Gleichzeitig hatte die Abwanderung der Industrie in den Süden auch für den Norden strukturelle Folgen. Die Städte entvölkerten sich in der Weise, dass die Weißen in die Vorstädte zogen, während die Schwarzen und andere ethnische Minderheiten in den Städten blieben. So wurden die Vororte zu republikanischen, die Innenstädte oft zu demokratischen Hochburgen.

Die Probleme verschärften sich auch noch dadurch, dass die Vororte mit ihren eigenen Verwaltungen eine markante Benachteiligung der schwarzen und der Latino-Stadtbewohner, besonders im Schulwesen, entstehen ließen. Es ist schwer zu sagen, ob und welche Rolle der Rassismus in diesem Zusammenhang spielt. Er ist heute auch unter konservativen Wählern ein Tabu, da Schwarze und Latinos im öffentlichen Leben eine wichtige Rolle spielen. Drei Mitglieder von Bushs Regierung sind Schwarze, darunter zwei in sehr wichtigen Ämtern: Condaleeza Rice und Colin Powell. Umgekehrt werden besonders Schwarze und Latinos durch den Abbau der Sozialleistungen benachteiligt; die Flucht der Weißen in die Vororte war in vieler Hinsicht auch eine Flucht vor den Schwarzen.

4) Auch in den religiösen Anschauungen hat eine Verschiebung nach rechts stattgefunden, die eng mit der Veränderung im politischen Klima zusammenhängt. Die Vielfalt von protestantischen Konfessionen in Amerika sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die wirkliche Trennlinie nicht zwischen den Konfessionen verläuft, sondern zwischen liberalen und fundamentalistischen Christen aller Konfessionen. In Amerika spielt die Religion nach wie vor eine wichtige Rolle; das hat sich auch heute - im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern - nicht geändert. Freilich waren die Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung keine Fundamentalisten sondern Kinder der Aufklärung gewesen; auch verordnete der erste Zusatzartikel der Verfassung entsprechend die Trennung von Staat und Kirchen. Dennoch wird jede Sitzung des Kongresses auch heute noch mit einem Gebet eröffnet, auf den Münzen steht „In God We Trust“, und die Kinder müssen in den meisten Schulen jeden Morgen einen Eid sprechen, der seit der konservativen Welle der 50er Jahre die Formel „one nation under God“ enthält.

Der Fundamentalismus gewinnt heute weltweit an Bedeutung, nimmt dabei aber sehr verschiedene Formen in unterschiedlichen Kulturen an. So beruht der protestantische Fundamentalismus in den USA auf ganz anderen Traditionen als der muslimische. Was diesen auch mit orthodox jüdischen, hinduistischen und Shinto- Fundamentalismen verbindet, ist ein Unbehagen an modernen Lebensweisen. Man will zurück in eine traditionsorientierte Zeit, die in Texas anders aussieht als im Iran. Die humanistischen Ideale der Aufklärung, die seit der Amerikanischen Revolution ein Kernstück der amerikanischen Zivilgesellschaft bilden sind jedem Fundamentalismus fremd. Seit dem späten neunzehnten Jahrhundert kam es dann aber zu einer Spaltung in den protestantischen Kirchen zwischen weltoffenen liberalen Christen, die im National Council of Churches organisiert sind, und den Fundamentalisten, die besonders im Süden stark sind.

In den letzten Jahrzehnten hat sich das Gleichgewicht verschoben; der protestantische Fundamentalismus hat an Einfluss gewonnen und ist ein bedeutender politischer Faktor geworden. Zwar ist er nicht ausschlaggebend in der Innen- und Außenpolitik der USA, in der ökonomische und machtpolitische Faktoren viel gewichtiger sind; aber die Bush-Regierung ist politisch auf die sogenannte „Christian Right“ angewiesen und teilt auch in mancher Hinsicht deren Vorstellung von einer heilen amerikanischen Welt. Daher rührt auch die religiös verbrämte Rhetorik von Bush. In der Außenpolitik ist sie eng mit dem Glauben an eine göttliche Sendung Amerikas verbunden, in der Innenpolitik mit der Absicht, viele politische Entscheidungen rückgängig zu machen, die sich, wie etwa mit der Blockierung von Geldern für die Familienplanung in den Entwicklungsländern, auch auf die Außenpolitik auswirken. Es wird in Europa wenig wahrgenommen, dass Bush in der letzten Zeit versucht hat, die seit zwei Jahrhunderten bestehende Trennung von Kirche und Staat, zu beschneiden, indem er den Kirchen staatliche Gelder zukommen lassen will. Ein weiteres Beispiel ist die Politik seines Bildungsministers Paige, der in den staatlichen Schulen wieder Gebete einführen möchte.

5) Seit 200 Jahren gab es einen Antiamerikanismus in Europa, der mit stereotypen Vorstellungen von amerikanischer Kultur eine angebliche Amerikanisierung europäischer Lebensweisen abwenden wollte. Gleichzeitig rezipierten die selben Kritiker Amerikas sehr viel von der gehobenen wie auch der populären amerikanischen Kultur. Allerdings war Amerika für viele Europäer seit der Amerikanischen Revolution das Vorbild einer Demokratie, deren freiheitliche Traditionen

keineswegs unterschätzt werden dürfen. Die heutige Kritik an Amerika ist also nicht gleichbedeutend mit simplem Antiamerikanismus; sie richtet sich vielmehr gegen die Arroganz der Macht, wie sie zur Zeit von der Bush-Regierung praktiziert wird. Diese Kritik wird von vielen Amerikanern geteilt.

Trotz des enormen Einflusses der großen Kapitalgesellschaften auf die amerikanische Politik ist zu hoffen, dass die demokratischen Traditionen Amerikas stark genug sind, um eine Korrektur der Innen- und Außenpolitik herbeizuführen. Es hat in der amerikanischen Geschichte in Zeiten der Bedrängnis immer wieder ultrapatriotische Versuche gegeben, Andersdenkende auszuschalten, zuerst mit dem Alien and Sedition Act von 1798 als Reaktion auf die Französische Revolution; Beispiele im 20. Jahrhundert sind die Verfolgung von Kriegsgegnern im Ersten Weltkrieg und von Linken gleich nach dem Krieg als Reaktion auf die Russische Revolution und später dann die McCarthy-Ära in der Zeit des Kalten Krieges. Aber die amerikanische Demokratie hat sich dennoch jedes Mal als genügend stabil erwiesen, um das Gleichgewicht wiederherzustellen. Heute ist die Demokratie in Amerika gefährdeter denn je, aber dennoch ist die öffentliche Meinung trotz der patriotischen Welle nach dem 11. September keineswegs gleichgeschaltet. Es gibt immer noch ein anderes Amerika, das viel mit dem von Bush gescholtenen „alten Europa“ gemeinsam hat.